



Prot. Nr. AM/

An die Schulführungskräfte aller Schulen
im Lande

Bozen,

Bearbeitet von:
Dr. Albrecht Matzneller
Tel. 0471 417590
Albrecht.Matzneller@schule.suedtirol.it

Mitteilung

Gesetz vom 8. Oktober 2010, Nr. 170 – Neue Bestimmungen für die Schule im Bereich Lernstörungen

Sehr geehrte Schulführungskräfte,

im Amtsblatt der Republik vom 18. Oktober 2010, Nr. 244 wurde das Gesetz vom 8. Oktober 2010, Nr. 170 betreffend „Neue Bestimmungen für die Schule im Bereich der Lernstörungen“ veröffentlicht.

Dieses Gesetz anerkennt die Lese- Rechtschreibstörung, die Schreibschwäche, die Rechtschreibschwäche und die Rechenschwäche als Lernstörungen, die den Alltag der betroffenen Schülerinnen und Schüler nachhaltig beeinträchtigen können (Artikel 1) und verfolgt u.a. die Ziele, den betroffenen Schülerinnen und Schülern das Recht auf Bildung und den Lernerfolg zu gewährleisten, Lehrpersonen spezifisch auszubilden und Frühdiagnosen zu fördern (Artikel 2). Es ist vorgesehen, dass die Lernstörungen von den zuständigen Sanitätsbetrieben diagnostiziert werden und dass es die Aufgabe der Schule ist, bei ersten Anzeichen von möglichen Lernschwächen gemeinsam mit den Familien der betroffenen Schülerinnen und Schüler die geeigneten Schritte in die Wege zu leiten (Artikel 3). Neben spezifischen Fort- und Weiterbildungsinitiativen für Schulführungskräfte und für die Lehrerschaft (Artikel 4) sieht das Gesetz vor, dass von einer Lernstörung betroffene Schülerinnen und Schüler Anrecht auf besondere Hilfsmittel haben: individualisierte und auf die Lernstörung abgestimmte Didaktik, Ausgleichsmaßnahmen (z.B. technologischer Support), Erlassmaßnahmen u.a. (Artikel 5). Für Familienangehörige von Kindern und Jugendlichen mit Lernstörung sind durch Kollektivvertrag Stundenplanerleichterungen einzuführen (Artikel 6). Das Gesetz sieht mehrere durchführende Maßnahmen vor, wie etwa die Einsetzung eines technisch-wissenschaftlichen Komitees (Artikel 7). Von besonderer Bedeutung ist der gesetzliche Auftrag an die Regionen mit Sonderstatut (Artikel 8), die Bestimmungen des Gesetzes innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes, also innerhalb 2. Februar 2011 umzusetzen.

Der Vergleich der in Südtirol geltenden Bestimmungen (siehe: Abkommen zwischen den territorialen Diensten, Beschluss der Landesregierung vom 26. Juli 2004, Nr. 2684) mit dem obgenannten Gesetz hat zutage gebracht, dass in Südtirol die Inhalte des Gesetzes bereits umgesetzt werden.

Die für die Überarbeitung des geltenden Abkommens zuständige Arbeitsgruppe zur institutionsübergreifenden Koordinierung im Bereich Integration (GLIP) wird sich bei den nächsten aufzunehmenden Beratungen auch mit dem Gesetz Nr. 170/2010 auseinandersetzen.



Die Schulämter stehen der in Artikel 5, Absatz 2, Buchstabe b vorgesehenen Erlassmaßnahme kritisch gegenüber und werden die Leitlinien des Unterrichtsministeriums abwarten. Bezüglich der anderen Ausgleichs- und Erlassmaßnahmen wird auf die Mitteilung des Schulamtsleiters vom 21. Januar 2005 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter
Dr. Peter Höllrigl

Anlage: G. Nr. 170/2010